

auswärts nicht mehr einreisen dürfen. Nur die bereits im Lande tätigen dürfen bis zu ihrem Tode oder freiwilligen Rücktritt wie bisher (doch ohne finanzielle Hilfe vom Ausland) weiterwirken.

#### Errichtung der Hierarchie in Südrhodesien

In Südrhodesien ist im Januar dieses Jahres die Hierarchie errichtet worden: das bisherige Apostolische Vikariat Salisbury, eines der neun Apostolischen Vikariate des Landes, wurde zum Metropolitansitz erhoben. Südrhodesien hat (laut NCWC-News Service, 10. Januar 1955) 794 000 Katholiken mit drei eingeborenen und 111 ausländischen Priestern. Aus Anlaß der Errichtung der Hierarchie hat der Heilige Vater am 24. April eine kurze Rundfunkbotschaft an die neue südrhodesische Kirchenprovinz gerichtet, die, wie „Osservatore Romano“ am 27. April meldete, in dem fernen Empfangsland eine sehr gute Übertragung hatte und von zahlreichen Erzbischöfen und Bischöfen, den zivilen Behörden und einigen Tausend Gläubigen gehört wurde. In seiner Botschaft gedachte der Papst der mutigen Missionare, die vor kaum 75 Jahren zuerst in diese Gegenden Afrikas vorgestoßen sind, die damals die Stimme des guten Hirten noch nie gehört hatten, der heute schon drei Viertel von der rund einen Million Einwohner des Landes folgen. Der Papst betonte die großen Hoffnungen, die er für die Zukunft dieser jungen Christenheit hege, der er den schon seit 1925 dort wirkenden Apostolischen Vikar von Salisbury zum Erzbischof vorsehe, dem die andern Apostolischen Vikare fortan als Suffraganbischöfe zur Seite stehen werden. (Über die politische, soziale und wirtschaftliche Situation Südrhodesiens im Rahmen der neugegründeten Zentralafrikanischen Föderation haben wir im Januarheft Seite 163 ff. berichtet.)

## Ökumenische Nachrichten

#### Bischof D. Otto Dibelius 75 Jahre

Der evangelische Bischof von Berlin-Brandenburg, D. Otto Dibelius, Vorsitzender des Rates der „Evangelischen Kirche in Deutschland“, beging am 15. Mai seinen 75. Geburtstag. Der seinerzeit verkannte Prophet eines „Jahrhunderts der Kirche“ blickt auf ein reiches Leben kirchlicher Verantwortung zurück, das den Generalsuperintendenten der Kurmark schon im März 1933 auf die Bahn eines ebenso klugen wie tapferen Widerstandes gegen den totalen Staat und an die Seite der „Bekennenden Kirche“ führte, der er lange unter Hintansetzung seiner Würde diente. In seiner Person findet die „Evangelische Kirche in Deutschland“, die ja immer noch ein Bund bekenntnisbestimmter Landeskirchen ist, ihre Einheit. Anlässlich der 10. Wiederkehr des Tages der deutschen Kapitulation ist D. Dibelius abermals durch ein unabhängiges geistliches Zeugnis hervorgetreten, das in der Presse ungebührlich geringe Beachtung fand. Darum drucken wir hier die wesentlichen Teile seiner Rundfunkansprache ab:

*„Wir sind nicht frei“*

„Noch immer blutet Deutschland aus den tausend Wunden, die der lange Krieg ihm geschlagen hat. Noch umringen uns überall die Ruinen. Wenn es so fort geht, wie

es bisher gegangen ist, werden noch nach 50 Jahren zerschossene Kirchtürme und Häuserruinen von einer furchtbaren Vergangenheit Zeugnis geben. Deutschland ist in zwei Staaten zerrissen. Daß inzwischen die Besatzungsmächte jedem der beiden Staaten die Souveränität wiedergegeben haben, kann niemanden darüber hinwegtäuschen, daß wir auf Schritt und Tritt von den großen Mächten dieser Welt abhängig sind. Wir sind nicht frei. Wann der Tag einmal kommen wird, wo, wie am 30. Juni vor 25 Jahren, die Glocken des Kölner Doms den Abzug aller fremden Besatzungstruppen einläuten werden, das kann niemand sagen. Kommen wird der Tag, das ist gewiß. Nur das Wann — das weiß niemand. Und doch wäre es unrecht, heute nur zu klagen. Wir haben auch zu danken. Und es ist Pflicht der Kirche, zu solcher Dankbarkeit zu mahnen.“

D. Dibelius fordert auf zum Dank für den bisher geleisteten Aufbau. Er fordert aber auch die Sammlung aller Kräfte für die Wiedervereinigung des deutschen Volkes, die nicht nur ein politisches Ziel ist, sondern „das dringendste Anliegen derer, die für das sittliche Leben unseres Volkes eine Verantwortung haben. Eben darum ist es das Anliegen der Kirche.“ Denn die Kirche ist Zeuge der materiellen und seelischen Not, die von der Trennung verursacht wird, Zeuge, „wie diese widernatürliche Grenze fortwährend Menschen, die ein redliches Leben führen möchten, zu Übertretern der Gesetze und zu Handlangern des Betrugers macht“. Heimlichkeiten und Spitzeltum müssen verschwinden, weil sonst Millionen Menschen müde, kraftlos und sittlich untüchtig werden.

Mit starken Worten lehnt es D. Dibelius ab, daß die Kirche in irgendeiner Weise sich beteiligt, den Krieg zu fördern. Jeder, der heute angreift, es mag sich handeln, um was es will, ist zum Schuldigen der Menschheit geworden. „Wir erwarten von unseren jungen Männern, daß sie zur Verteidigung unserer Frauen und Kinder bereitstehen für den Fall, daß sich doch noch jemand finden sollte, der dies ungeheuerliche Verbrechen begeht... Aber wir wollen jeden Gedanken daran, daß sich durch einen Krieg in der Lage unseres Volkes irgend etwas bessern könnte, unablässig bekämpfen.“

#### *Die Eine Menschheit*

Zum Schluß stimmt D. Dibelius seine Mahnung auf das gleiche Motiv, das wir in letzter Zeit immer wieder in den großen Ansprachen des Papstes vernehmen: „Wir wollen der Welt bezeugen, daß die Stunde vorbei ist, in der das Streben nach Mehrung der Macht dem Leben der Völker seinen Inhalt geben durfte. Die Zeit, in der bestimmte Völker der Erde sich anheischig machen durften, andere Völker zu beherrschen, geht unwiderruflich dem Ende entgegen. Jetzt ist es Wahnsinn, um irgendeiner Verschiebung staatlicher Grenzen willen Millionen von Menschenleben zu opfern oder gar die Menschheit als Ganzes ins Verderben zu stürzen. Die Stunde ist da, in der die Völker sich zusammenschließen müssen, um miteinander an der Wohlfahrt der Menschen zu arbeiten, damit eine Menschheit werde, die zur Ehre Gottes ihre Kräfte braucht. Hier hat auch Deutschland seine Aufgabe. Wir haben Vergangenes zu sühnen. Wir können es nur sühnen, indem wir die große Zukunftsaufgabe sehen, die Gott der Menschheit von heute gestellt hat. An dieser Zukunftsaufgabe mitzuarbeiten ist unser Beruf. Gott aber wird redliche Mitarbeit nicht ohne seinen Segen lassen.“

Die Generalsynode der VELKD in Weimar und ihre Folgen

Die „Vereinigte Ev.-Luth. Kirche Deutschlands“ begann am 24. April in Weimar die 1. Sitzung ihrer zweiten Generalsynode, die jeweils einen Zeitraum von sechs Jahren umfaßt. Nachdem die erste Generalsynode auf ihrer letzten Tagung im Oktober 1954 die grundlegenden liturgischen Arbeiten an den kirchlichen Lebensordnungen und an der Agende der künftigen Lutherischen Kirche verabschiedet hatte (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 166f.), traten nunmehr organisatorische und kirchenpolitische Fragen in den Vordergrund. Zunächst mußte an Stelle des zurückgetretenen bayerischen Landesbischofs D. Hans Meiser, der innerhalb der VELKD das repräsentative Amt eines „leitenden Bischofs“ bekleidete, für dieses Amt eine neue Persönlichkeit gewählt werden. Die Wahl fiel am 25. April auf den Landesbischof von Hannover, D. Hanns Lilje, der auch Präsident des Lutherischen Weltbundes (LWB) ist, jedenfalls bis zu dessen 3. Vollversammlung 1957 in Minnesota/USA. Trotz dieser bedeutenden Konzentration lutherischer Führungsämter ist wohl nicht mit einer Verstärkung des „bischöflichen“ Kurses im Luthertum zu rechnen, denn im Unterschied zu den ausgesprochen autoritären Neigungen seines Vorgängers legte D. Lilje immer Wert darauf, das unabhängige Lehramt jedes einzelnen Pfarrers zu unterstreichen, so daß gewisse Pläne eines bischöflichen Spruches gegen Bultmann kaum vorangetrieben werden dürften. Die ebenfalls neugewählte „Kirchenleitung“ der VELKD besteht aus den Landesbischofen D. Lilje, D. Beste, Schwerin, D. Noth, Dresden, und dem neuen bayerischen Landesbischof Hermann Dietzfelbinger, dazu einigen Oberkirchenräten als Vertretern anderer Landeskirchen, darunter Professor Volkmar Hertrich, Hamburg. In einer Pressekonferenz nach seiner Wahl zum leitenden Bischof hörte man aus dem Munde von D. Lilje, es sei das „wichtigste weltpolitische Faktum der Gegenwart, daß das deutsche Volk die Spaltung keineswegs hingenommen hat“. Die evangelische Christenheit halte an der Einheit Deutschlands unvermindert fest. Ein ähnlich ausdrückliches Bekenntnis zur Einheit der EKD erfolgte nicht und ist unter den obwaltenden Umständen auch nicht zu erwarten.

#### *Konflikt um Niemöllers Außenamt*

Neben einer Botschaft zur Erhaltung des Friedens stand ein scharfer kirchenpolitischer Beschluß im Mittelpunkt der synodalen Beratungen. Wie schon unsere Meldung über das Ergebnis der Generalsynode der EKD in Espelkamp ankündigte, konnte die strukturelle Dauerkrise der EKD durch die Neuwahl des Rates nicht bereinigt werden (vgl. ds. Jhg., S. 307). Die Leitung und Organisation des Kirchlichen Außenamtes in Frankfurt a. M. bleibt weiterhin der Zündstoff. Es geht hier nicht nur um die Person von Martin Niemöller und seinen politischen Kurs, also um die Frage, ob es tragbar sei, daß das Kirchliche Außenamt von dem schärfsten Gegner der Außenpolitik der Bundesrepublik besetzt sein dürfe, sondern es geht — oder ging wenigstens — der VELKD seit Jahren darum, in dieses Außenamt, dem eine wachsende Bedeutung zukommt, auch ihren Vertrauensmann einzubauen. Er soll die — meist lutherischen — deutschen Gemeinden im Ausland im Sinn der lutherischen Kirchenleitung betreuen, nicht aber im Sinne einer konfessionellen Union. Es geht also darum, wie Oberkirchenrat Hertrich im „Sonntagsblatt“ vom 8. Mai erklärte, daß das Außenamt „EKD-gemäß“ be-

setzt wird, da die EKD ein „Bund von Kirchen“ ist. Bischof D. Dibelius hatte bereits bestätigt, daß eine solche Lösung nunmehr fällig sei, da die Geduld der VELKD seit Jahren auf eine harte Probe gestellt worden ist. Nachdem nun der Rat der EKD angesichts der früher hier geschilderten inneren Machtverhältnisse und aus ökumenischen Rücksichten davon Abstand genommen hat, das Außenamt neu zu besetzen, hätte Niemöller sich den lutherischen Forderungen beugen und die für seinen Anhang im Außenamt schmerzliche Umbesetzung vornehmen müssen. Anscheinend war das zu schwierig. Denn der Beschluß der Generalsynode der VELKD lautet:

„1. Die Generalsynode bittet die Kirchenleitung, beim Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland nachdrücklichst darauf hinzuwirken, daß unverzüglich die von der Spandauer Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland beschlossene Umbildung des Kirchlichen Außenamtes vorgenommen wird. Dabei muß erreicht werden, daß das Kirchliche Außenamt durch eine Veränderung in seiner Leitung für seine gesamte Arbeit die notwendige Basis des Vertrauens bei den Gliedkirchen der Evangelischen Kirche in Deutschland gewinnt.

2. Die Generalsynode bittet die Kirchenleitung, dafür Sorge zu tragen, daß der Auslandsreferent der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands im Laufe der nächsten sechs Monate alle Kirchenleitungen der Gliedkirchen über den gegenwärtigen Stand der Auslandsdiaspora persönlich unterrichtet.

3. Sollte die in Absatz 1 genannte Veränderung in der Leitung des Kirchlichen Außenamtes nicht erreicht werden, dann wird die Kirchenleitung gebeten, die nötigen Vorbereitungen für eine Intensivierung der Auslandsarbeit zu treffen und die notwendigen Beschlüsse bis zur nächsten Sitzung der Synode vorzubereiten.“

Dieser begreifliche Beschluß faßt, wie sein Inhalt zeigt, für den Fall des vorausgesehenen Widerstandes von Niemöller die Bildung eines eigenen Außenamtes der VELKD ins Auge. Damit würde man einer Spaltung der EKD einen erheblichen Schritt näher kommen. Jedenfalls hat Niemöller auf diesen Beschluß hin, seinem persönlichen Stil getreu, seinerseits erklärt, er werde seinem Platz im Rat der EKD fernbleiben, was er in seiner gleichzeitigen Eigenschaft als Leiter des Außenamtes, d. h. als ausführendes Organ des Rates, nur auf eigene Gefahr hin tun kann. Was soll nun dieser Konflikt?

Es liegt unserer Berichterstattung daran, wie das schon unsere Vorschau auf die Generalsynode von Espelkamp versuchte (vgl. ds. Jhg., S. 260f.), unsere katholischen Leser von vordergründigen politischen Urteilen über die kirchlichen Vorgänge in der EKD frei zu halten. Das soll auch hier geschehen. Es wäre fehl am Platz, wenn wir als katholische Beobachter, die durch die Sache ebenso zur Distanz wie zu gerechter Teilnahme verpflichtet sind, ohne weiteres einem Urteil folgen würden, das nun die eine oder andere Seite drüben spricht. Man sollte alle Vorgänge innerhalb der EKD, in welcher unausgetragene konfessionelle Spannungen von 22 Jahren in ein schwer funktionierendes System gesetzt wurden, stets auf dem Hintergrunde der evangelischen Kirchengeschichte betrachten.

#### *Entgegengesetzte Kirchenbegriffe*

Der Kampf, der heute zur Entscheidung drängt, ist nicht nur die notwendige Auseinandersetzung zweier entgegen-

gesetzter Kirchenbegriffe — hier der „Bekennenden Kirche“, einst von lebendigen Gemeinden aufgebaut, im prophetischen Wächterdienst gegen den totalen Staat geübt, ganz auf die Überwindung evangelischer Glaubensunterschiede gerichtet — dort die lutherische Amtskirche auf dem Weg zur konfessionellen Wiederherstellung der ursprünglichen Reformation. Es geht auch, als Folge davon, um zwei sehr verschiedene Weisen der Bewertung des Politischen, von den einen als Schwärmertum, von den andern als Reaktion verstanden. Schließlich, und das ist leider sehr vergessen, spielen auch Erinnerungen mit, schwere, furchtbare Erinnerungen, es könnte dieses oder jenes politische System als Obrigkeit im Sinn von Röm. 13 anerkannt werden. Trotz der von Landesbischof Wurm seit 1942 unternommenen und 1948 bei der Ordnung der EKD beschworenen Versöhnung der verschiedenen kirchlichen Gruppen, die der Staatskirche Hitlers, jede auf ihre Weise und nach dem Maß ihrer Erkenntnis, Widerstand leisteten, können manche nicht darüber hinweg, daß viele Pfarrer vermutlich nicht so lange im KZ gesessen oder gar darin umgekommen wären, wenn die sogenannten „inkontakten“ lutherischen Landeskirchen statt eines Kompromisses mit der Staatskirchenpolitik den entschiedenen Weg der „Bekennenden Kirche“ auch nach 1936 mitgegangen

wären. Das ist eine bittere Frage, die ja auch Helmut Thielicke im 2. Bande seiner „Theologischen Ethik“ wieder aufrührt (vgl. S. 427 dieses Heftes). Und nicht zuletzt ist für Niemöller der Beschluß von Weimar auf dem Hintergrund des dort im Lager Buchenwald vollzogenen Gedenkens für den „Pfarrer von Buchenwald“, Paul Schneider-Dickenschied, den wahren Märtyrer der „Bekennenden Kirche“, besonders grausam. Wer erinnert sich aber noch, daß Schneider auch von der Leitung der „Bekennenden Kirche“ des Rheinlandes preisgegeben worden war, weil man auf Grund des theologischen Gutachtens eines heute sehr bekannten lutherischen Theologen nicht wagte, diesem von der Gestapo ausgewiesenen guten Hirten die amtliche Weisung zu geben, in der Treue zu seiner Gemeinde zu verharren? So konnten die Schergen Hitlers Schneiders beispiellose Treue als „Improvisation“ einer „Situationsethik“ behandeln und — mit einer Dosis Herzgift liquidieren. Kann man es also wagen, seiner anders zu gedenken als in einmütiger Zerknirschung?

Wir tun als katholische Beobachter gut daran, die Tragödie der EKD von einer historischen Weite zu betrachten, und sollten auch bedenken, daß jeder neue Streit der Christen untereinander die ganze Front der Christenheit schwächen kann.

## Die Stimme des Papstes

### Die christlichen Arbeiter und der 1. Mai

*Die Mitglieder der Christlichen Arbeiterverbände Italiens (Associazioni Cristiane dei Lavoratori Italiani — ACLI), die zur Feier des 1. Mai zu Hunderttausenden aus allen Gegenden Italiens nach Rom gekommen waren, versammelten sich am Nachmittag auf dem Platz von St. Peter, um dem Heiligen Vater zuzujubeln, der sie von der äußeren Loggia der Vatikanbasilika aus begrüßte. Der Papst richtete eine Ansprache an sie, die mit der Verkündigung der Einsetzung des Festes des hl. Josephs des Handwerkers für den 1. Mai endete. Die Ansprache hatte folgenden Wortlaut:*

Vor wenig mehr als zehn Jahren, am 11. März 1945, in einem heiklen Augenblick der Geschichte der italienischen Nation und besonders deren Arbeiterklasse, empfingen Wir zum erstenmal die ACLI in Audienz. Wir wissen, geliebte Söhne und Töchter, daß ihr jenen Tag in hohen Ehren haltet; an ihm erhieltet ihr die öffentliche Anerkennung von Seiten der Kirche, die im langen Lauf ihrer Geschichte immer darauf bedacht war, den Zeitnotwendigkeiten zu entsprechen, und die den Gläubigen den Gedanken und Entschluß nahelegte, sich dazu in besonderen Vereinigungen zusammenzuschließen. So traten die ACLI mit der Billigung und dem Segen des Stellvertreters Christi auf den Plan.

Von Anfang an stellten Wir eure Vereinigungen unter den mächtigen Schutz des hl. Joseph. Es könnte in der Tat keinen besseren Schutzherrn und Helfer geben, um euch zu helfen, daß der Geist des Evangeliums in euer Leben einströmt. Wie Wir damals ausführten (vgl. Discorsi e Radiomessaggi, VII S. 10), ergießt sich aus dem Herzen des Gottmenschen, des Welterlösers, dieser Geist in euch

und alle Menschen; doch ist es gewiß, daß kein Arbeiter jemals so vollkommen und so tief davon durchdrungen war wie der Nährvater Jesu, der mit Ihm in der innigsten Vertrautheit und Familien- wie Arbeitsgemeinschaft lebte. Wollt ihr also Christus nahe sein, so rufen Wir euch heute wieder zu: „Ite ad Joseph — Geht zu Joseph!“ (Gen. 41, 55.)

#### *Die religiöse Bildung der Arbeiter*

Die ACLI sollen also das Zugesehene Christi unter ihren eigenen Mitgliedern, in ihren Familien und bei allen, die in der Welt der Arbeit leben, lebendig machen. Vergesst nie, daß eure erste Obliegenheit ist, das christliche Leben im Arbeiter zu erhalten und zu mehren. Dazu ist es nicht genug, daß ihr die religiösen Pflichten erfüllt und zu deren Erfüllung anspornt; es ist auch notwendig, daß ihr eure Kenntnis der Glaubenslehre vertieft und immer besser begreift, was die von Gott aufgestellte und von der Kirche gelehrt und erklärte sittliche Weltordnung bezüglich der Rechte und Pflichten des Arbeiters von heute besagt.

Wir segnen daher eure Bemühungen und besonders die Kurse und Vorträge, die ihr zweckgemäß veranstaltet, und ebenso segnen Wir die Priester und Laien, die sich euch als Lehrer zur Verfügung stellen. Auf diesem Gebiete wird man niemals genug tun können, so groß ist das Bedürfnis einer methodischen, anziehenden und immer den örtlichen Verhältnissen angepaßten Bildung. Man vermeide es mit aller Sorgfalt, daß der Erfolg der hochherzigen, zur Aufrichtung und Ausdehnung des Reiches Gottes geleisteten Arbeit dadurch behindert oder zum Scheitern gebracht wird, daß man persönlichem Ehrgeiz oder den Eifersüchteleien von Sondergruppen freien Lauf läßt. Die ACLI